

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

**Enquetekommission
„Norddeutsche Kooperation“**

17. WP - 4. Sitzung

am Montag, dem 28. Juni 2010, 13 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Markus Matthießen (CDU)

Vorsitzender

Petra Nicolaisen (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Bernd Jorkisch

Dr. Gitta Trauernicht (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Anette Langner (SPD)

Anita Klahn (FDP)

i. V. Ingrid Brand-Hückstädt

Carsten-Peter Brodersen (FDP)

i. V. Gerrit Koch

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ellen Streitbürger (DIE LINKE)

i. V. Heinz-Werner Jezewski

Fehlende Abgeordnete

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW) (entschuldigt)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Mündliche Stellungnahme des UV Nord	4
2. Mündliche Stellungnahme Bundesagentur für Arbeit	7
3. Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Matthießen, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr. Er begrüßt im Namen der Enquetekommission den Präsidenten des UV Nord, Herrn Ulrich Wachholtz und dessen Hauptgeschäftsführer Herrn Michael Thomas Fröhlich. Er weist darauf hin, dass der Vertreter von Verdi abgesagt hat und sich der Sitzungsablauf entsprechend ändert. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Mündliche Stellungnahme des UV Nord

Herr Wachholtz begrüßt ausdrücklich die Einsetzung der Enquetekommission. Er stellt heraus, dass der UV Nord seit dem Jahr 2000 intensiv mit der Frage befasst ist, im Norden, insbesondere in Hamburg und Schleswig-Holstein Kräfte zu bündeln. Er weist darauf hin, dass sich jede Wirtschaftsregion, die im internationalen Wettbewerb stehe, die Frage stellen müsse, ob die Strukturen in denen sie besteht noch zeitgemäß sind. Nur durch Verändern könne man bestehen, nicht durch Bewahren. Notwendig sei planvolles, gezieltes und ressourcenschonendes Vorgehen. Der UV Nord sehe angesichts einer rasanten Entwicklung im Bereich von Kommunikation, Mobilität, Bildung und Wissen in Hamburg und Schleswig-Holstein eine Brücken- und Scharnierfunktion zum skandinavischen Raum. Ein wirtschaftlicher und kultureller Ausgleich mit dieser Region Europas sei äußerst wichtig. Er plädiert dafür, den Norden als eine Plattform für geistigen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Austausch mit den direkten Nachbarn auszubauen. Er stellt heraus, dass die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein sich gegenseitig ergänzten. Hamburg brauche Schleswig-Holstein um Flächen für Expansion zu gewinnen. Schleswig-Holstein brauche die Wirtschaftskraft Hamburgs. Die Affinität Schleswig-Holsteins zu Hamburg zeige sich auch durch die intensiven Pendlerströme in die Stadt Hamburg. Dies zeige, dass das Wirtschaftsgeschehen Landesgrenzen längst überwunden habe. Als wichtige Infrastrukturmaßnahmen nennt Herr Wachholtz die Fehmarnbelt-Querung und deren Hinterlandanbindung sowie einen Ausbau von den Autobahnen A7 und A20. Im Weiteren geht Herr Wachholtz auf weitere Vorschläge des UV Nord ein. Insbesondere ist aus Sicht des UV Nord eine gemeinsame Landesplanung der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, ein gemeinsames Marketingkonzept, eine gemeinsame Wirtschaftsförderung, gemeinsam koordinierte Bildungspolitik, eine umfassende Verwaltungsstrukturreform, eine gemeinsame Landesvertretung in Berlin und ein gemeinsamer Landesrechnungshof notwendig. Herr Wachholtz betont, dass Norddeutschland sich stärker gegenüber süddeutschen Ländern und Regionen behaupten müsse.

Auf die Fragen der Abg. Trauernicht antwortet Herr Wachholtz, dass der Effekt einer Verwaltungsstrukturreform größer sein werde, wenn man diese gleichzeitig und koordiniert in Hamburg und Schleswig-Holstein durchführe. Ein weiterer wichtiger Punkt sei ein zusammengehöriges gemeinsames Marketing. Dies sei vor dem Hintergrund wichtig, dass Europa in Wirtschaftszentren und Wirtschaftsregionen denke. Im Bereich der Bildungspolitik sei festzustellen, dass die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein im Pisatest weit hinten lägen und es an einem koordinierten Vorgehen beider Länder mangle. Herr Wachholtz weist darauf hin, dass der UV Nord zu diesem Themenkomplex in zwei Wochen ein Papier zur Verfügung stellt.

Der UV Nord sei über dies an einer Beratung der Wirtschaftsressorts beider Bundesländer sowie der Kammern beteiligt.

Abg. Habersaat fragt nach Chancen für die Einbeziehung anderer norddeutscher Bundesländer bei Kooperationen. Er stellt die Frage, ob der UV Nord ein gemeinsames Leitbild habe.

Herr Wachholtz stellt hierauf heraus, dass Kooperationen nicht an Landesgrenzen scheitern dürften. Die Erfahrung zeige, dass unterschiedliche Interessen in den Ländern beziehungsweise Regionen schnell klar würden. Wichtig sei es, Regionen miteinander zu verknüpfen. Allerdings sei die Interessenlage von Regionen in Mecklenburg-Vorpommern anders als die von schleswig-holsteinischen Regionen.

Herr Wachholtz antwortet auf eine Frage des Abg. Habersaat, dass es notwendig sei, das Gebiet der Metropolregion Hamburg zu vergrößern.

Herr Wachholtz weist noch einmal auf die Brücken- und Scharnierfunktion von Hamburg und Schleswig-Holstein hin. Dieses Scharnier habe die Möglichkeit Kerneuropa mit Skandinavien zu verbinden.

Herr Jorkisch merkt an, dass die Kommission den gesamten Norden im Auge habe und es wichtig sei, dass sich der Norden positioniere. Als Leuchttürme nennt Herr Jorkisch die Maritime Wirtschaft. Wichtig sei aus seiner Sicht, dass die Anstrengung auf eine Arbeitsteilung und Kräftebündelung im Norden angelegt sei. Hier sei man schon einen erheblichen Schritt vorangekommen. Wichtig sei auch, dass es eine dienstleistungsorientierte Verwaltung insbesondere auch für den Adressaten Wirtschaft gebe.

Herr Wachholtz merkt an, dass auch die Wirtschaft und Wirtschaftsverbände in der Vergangenheit nicht immer mit einer Stimme gesprochen hätten. Wichtig sei für die Zukunft, dass

mit einer Stimme gesprochen werde. Das Abstimmungsgespräch zwischen den Wirtschaftsressorts der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, dem UV Nord und den Kammern laufe gut und dieses Jahr sollten Ergebnisse präsentiert werden.

Abg. Strehlau stellt heraus, dass vielfach Bezug auf die Metropolregion Hamburg genommen worden sei und stellt die Frage, wie der Landesteil Schleswig profitieren könnte. Darüber hinaus fragt sie, ob es Punkte gebe, wo das Vorhandensein zweier Bundesländer hinderlich sei. Als Beispiel für später auf dem Arbeitsmarkt relevante Aspekte nennt sie die Berufsschulausbildung.

Herr Wachholtz weist darauf hin, dass der UV Nord beide Länder sehe. Er weist auf die vom UV Nord geführte Befragung hin. Diese Befragung widmet sich der Frage einer Länderfusion. Und je weiter es nach Norden gehe, desto eher sei die Zustimmung der Befragten zu einem gemeinsamen Staat. Er rechne auch damit, dass die Flensburger Wirtschaft mit diesem Zusammenschluss kein Problem hätte. Er gehe davon aus, dass die gemeinsame Entwicklung dafür Sorge, dass Randlagen profitieren könnten. Es seien bei einem Zusammenschluss mehr Möglichkeiten eröffnet für eine Ansiedlungspolitik. Hier habe es in der Vergangenheit Probleme gegeben.

Der Vorsitzende weist noch mal darauf hin, dass der Bereich Infrastruktur bisher noch nicht fokussiert worden sei, insbesondere auch Wasserstraßen. Hier stellt er die Bedeutung des Elbe-Lübeck-Kanals im Hinblick auf die Anbindung Lübecks an das Binnenwasserstraßennetz heraus. Des Weiteren trägt der Vorsitzende den Aspekt des Ausbaus der A21 bis nach Lüneburg an.

Herr Wachholtz verweist diesbezüglich auf das Infrastrukturkonzeptpapier des UV Nord, welches zur Verfügung gestellt werden könnte. Die Verkehrsinfrastruktur stehe weit oben auf der Agenda.

Abg. Trauernicht fragt nach Erfahrungen aus bereits erfolgten Projekten insbesondere nennt sie hier den Bereich der Luftfahrtindustrie und fragt nach einer Bilanz aus diesem Bereich.

Herr Wachholtz weist darauf hin, dass die Chancen in Hamburg und Schleswig-Holstein für den Bau eines Großflughafens vertan worden sei. Insbesondere stoße der Hamburger Flughafen bei den größten Passagiermaschinen an Grenzen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Mündliche Stellungnahme Bundesagentur für Arbeit

Herr Goecke von der Bundesagentur für Arbeit stellt im Vorwege klar, dass er ausschließlich zu den Punkten Arbeit und Beschäftigung Stellung nehmen könne. Er geht kurz auf den Aufbau der Bundesagentur für Arbeit ein. Diese habe eine Zentrale in Nürnberg und zehn Regionaldirektionen, von denen eine die Direktion Nord sei. Die Regionaldirektionen seien Steuerungseinheiten und trügen gegenüber dem Vorstand die Verantwortung für die Zielerreichung in den Regionen. Diese sei zuständig für drei Bundesländer: Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Die 12 Agenturen im Bereich der Regionaldirektion Nord seien Träger für 31 ARGEN.

Als wichtiges umfassendes Kernthema nennt Herr Goecke die demografischen Verhältnisse. In Mecklenburg-Vorpommern sei bereits ein Rückgang von 60 % an Schulentlassungszahlen zu vermerken. Jeden Monat würden 1.200 Menschen weniger dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Man würde es bereits in Schleswig-Holstein, zum Beispiel auf Sylt oder im Lübecker Raum merken, dass immer weniger Auszubildende aus Mecklenburg-Vorpommern kämen. Auch in Schleswig-Holstein gebe es demografische Auswirkungen, die noch nicht auf dem Arbeitsmarkt angekommen seien. Es habe in den letzten Jahren einen Geburtenrückgang von 22 % gegeben, was sich fortsetzen werde. In Schleswig-Holstein sei der Fachkräftemangel ab 2020 spürbar. Insgesamt sei ganz Deutschland davon betroffen, dass im Jahre 2050 30 % weniger Menschen in Deutschland lebten. Es sei bereits heute zu einem Wettbewerb der einzelnen Branchen um Ausbildungskräfte gekommen. So könnten in diesem Jahr in Schleswig-Holstein im Hotel- und Gaststättengewerbe 500 Stellen nicht besetzt werden, in Mecklenburg-Vorpommern 1000 Stellen. Die Zukunft der Verfügbarkeit von Arbeitskräften in der Freien und Hansestadt Hamburg sehe nach Angaben von Herrn Goecke weiterhin auch in den nächsten Jahrzehnten positiv aus. Herr Goecke weist darauf hin, dass es in Zukunft noch weiter prosperierende Oberzentren gebe und eine Ausdünnung in peripheren Bereichen stattfinde. Herr Goecke stellt folgenden Zusammenhang dar: Aus den schleswig-holsteinischen Landkreisen in der Metropolregion Hamburg pendelten jeden Tag 150.000 Einpendler nach Hamburg. Von Hamburg nach Schleswig-Holstein seien dies 50.000. Aus den niedersächsischen Kreisen der Metropolregion Hamburg seien es deutlich weniger Einpendler. Diese kämen auch nur aus den zwei unmittelbar angrenzenden Landkreisen. Aus den anderen Kreisen sei die Einpendlerzahl deutlich geringer. Herr Goecke weist darauf hin, dass es unter den Einpendlern viele Hochqualifizierte gebe. Herr Goecke mahnt an, dass die Zahlen der Pendler-

ströme weiterhin an bestimmten Stellen, um einen Verdrängungswettbewerb etc. zu vermeiden, einer einheitlichen Förderung und Strukturierung bedürften. Aus seiner Sicht dürfte ein starkes Oberzentrum in einem einheitlichen politischen Gebilde auf Dauer mehr Chancen für periphere Gebiete bieten, da die Wirtschaftsförderung systematischer gestaltet werden könne.

Abg. Habersaat fragt nach der Rolle von Mecklenburg-Vorpommern und der quasi strategischen Entscheidung für dessen Zukunft.

Herr Goecke entgegnet hierauf, dass einer Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein mehr Erfolg verschrieben sei. Die Entfernung der vorpommerschen Regionen zu Hamburg sei sehr weit. Allerdings sei die Neuordnung dieses Bundeslandes in zwei Teile politisch nicht durchsetzbar.

Herr Jorkisch fragt, ob Schleswig-Holstein in der Zukunft ins Hintertreffen gerate, wenn es keine Intensivierung der Kooperationen gebe.

Herr Goecke antwortet, dass die Bevölkerung in Schleswig-Holstein abnehmen werde. Schleswig-Holstein könnte mit Hamburg in Pendelnähe auch zum Verlierer werden.

Abg. Langner mahnt das Thema Mobilität und Einpendlermöglichkeiten an. Insbesondere fragt sie diesbezüglich nach den infrastrukturellen Auswirkungen.

Herr Goecke weist darauf hin, dass das Institut der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen seiner Forschung zu dem Ergebnis gekommen sei, dass maßgeblich für die Entwicklung einer Region das Angebot an Hochqualifizierten sei. Dies erfordere eine aktiv abgestimmte Politik.

Abg. Trauernicht fragt, ob es Alternativen zur Fusion gebe angesichts der demografischen Entwicklung und ob der Faktor Frauenerwerbstätigkeit hier eine Lösung bieten könne.

Herr Goecke weist darauf hin, dass nach bisherigen Forschungen im Jahr 2050 10 bis 11 Millionen Menschen weniger im erwerbsfähigen Alter dem Arbeitsmarkt in Deutschland zur Verfügung stünden. Dieses sei gerechnet mit einer Annahme, dass mindestens hunderttausend Menschen pro Jahr im Saldo zuwanderten. Herr Goecke weist darauf hin, dass die Erwartungen an die Frauenerwerbstätigkeit als Reservepotenzial nicht zu hoch eingeschätzt werden dürften. Die demografischen Probleme könnten mit einer Zuwanderung nicht adäquat gelöst werden. Deutschland sei als Zuwanderungsland nicht attraktiv genug. Qualifizierte Kräfte aus anderen Ländern gingen eher in die USA oder nach Kanada.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aus dem Innenministerium von Staatssekretär Dornquast ein Strategiepapier von MORO Nord gekommen sei. Dieses wird im Mitgliederkreis verteilt.

Der Vorsitzende regt an, den Vertreter von Verdi am Termin nach der Sommerpause einzuladen. Er weist auf die Termine und Ladung von Anzuhörenden in den Terminen nach der Sommerpause hin. Weiter weist er darauf hin, dass weitere Referenten für weitere Sitzungen von den Mitgliedern oder Fraktionen zu benennen seien. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aus Mecklenburg-Vorpommern eine konkrete Anfrage gekommen sei. Er regt an, bei konkreten sachlichen Themenfeldern gemeinsam zu tagen.

Abg. Trauernicht weist darauf hin, dass von der Landesregierung der Stand der Entwicklung für die Zukunft abgefragt werden solle.

Abg. Habersaat und Abg. Langner fragen nach einer Anfrage aus dem Bildungsministerium. Der Vorsitzende und der Geschäftsführer weisen darauf hin, dass diesbezüglich noch keine Antwort erfolgt sei.

Der Vorsitzende regt auf Nachfrage an, dass die Kommission Zwischenergebnisse festhalten solle, wenn Themenfelder abgearbeitet seien.

Der Vorsitzende, Abg. Matthießen, schließt die Sitzung um 14:25Uhr.

gez. M. Matthießen
Vorsitzender

gez. Thomas Warnecke
Geschäfts- und Protokollführer